ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. Februar 2024

*Antragsteller*in:* *Sonja Schiffers, Holger Haugk, Andreas Meinicke, Mattia Nelles, Sava Stomporowski*

Tagesordnungspunkt: *TOP 6 Anträge und Diskussion*

A1: Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russland-Politik jetzt!

Antragstext

Wie konnte es zu einer der größten deutschen außenpolitischen Fehleinschätzungen – der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte – kommen, die vollumfänglich erst seit dem 24. Februar 2022, mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die gesamte Ukraine, realisiert wurde?

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie ihre politischen Entscheidungsträger*innen standen immer an der Seite der Menschenrechtsverteidiger*innen und Demokrat*innen in Russland und galten zu Recht als die härtesten Kritiker*innen des Kreml-Regimes im deutschen Parteienspektrum. Bündnis 90/Die Grünen, die zwischen 2005-2021 nicht an Bundesregierungen beteiligt waren, kann somit kaum für die aus heutiger Sicht klar naive und durch Wirtschaftsinteressen angetriebene Bundespolitik verantwortlich gemacht werden. Dennoch gab es auch unter uns Grünen Haltungen, die die Bedrohung durch Russland - darunter militärisch, energiepolitisch und mit Blick auf den Wettbewerb zwischen Demokratien und Autokratien – nicht ernst genug nahmen.

Die Mitglieder der Fraktion von Bündnis 90/Grüne im Deutschen Bundestag werden aufgerufen, sich fraktionsübergreifend für eine unabhängige Enquete-Kommission aus Fachleuten einzusetzen, um die deutsche Russlandpolitik seit Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999 historisch und systematisch aufzuarbeiten. Im Kern geht es darum, Faktoren und Strukturen zu identifizieren, die zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik beigetragen haben, um ähnliche strategische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten, wie etwa der Volksrepublik China, in Zukunft zu vermeiden. Daher geht es u.a.um folgende Fragen:

1) Wie konnte es zur sicherheitspolitischen Fehleinschätzung kommen, dass Russland unter Wladimir Putin keine direkte militärische Bedrohung für Deutschland und Europa darstellen würde, insbesondere vor dem Hintergrund der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Jahr 2014?

2) Warum kam es nicht zu angemessenen Reaktionen auf Russlands Aggressionen, die sich in Form von Cyberattacken, Spionage, Mordanschlägen und Destabilisierungsversuchen gegenüber Deutschland und Europa zeigten?

3) Wie konnte es zu den energie- und wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten, insbesondere durch russische Rohstoffimporte (Gas, Kohle und Öl) kommen, ohne dass die Gefahren für Deutschland ausreichend berücksichtigt und sogar strategische Infrastruktur wie Gasspeicher an Russland verkauft wurden? Warum wurden in diesem Zusammenhang die Vorteile des wirtschaftlichen Austausches mit Russland lange überschätzt („Wandel durch Handel bzw. Annäherung“)?

4) Warum wurden die Warnungen unser mittel- bzw. osteuropäischen Nachbarn als eigentliche Nachbarn Russlands durch die Mehrheit der politischen Entscheidungsträger*innen nicht erst genommen und wieso hat die zunehmende Autokratisierung in Russland, gekennzeichnet durch Unterdrückung und Verfolgung der demokratischen Opposition und Zivilgesellschaft sowie damit einhergehende Einschränkung der Menschenrechte nicht zu einem Umdenken in der der deutschen Russlandpolitik geführt?

5) Wieso verfingen und verfangen noch immer viele russische Desinformationskampagnen in bestimmten Teilen der deutschen Gesellschaft und warum gelang es der russischen Regierung, ungestört pro-russische Netzwerke und gefährliche Abhängigkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands aufzubauen?

6) Welche Rolle hat die deutsche Wirtschaft in der Russlandpolitik gespielt und inwiefern haben möglicherweise deutsche Unternehmen dazu beigetragen, Deutschland in gefährliche Abhängigkeiten zu treiben?

7) Warum hat die Politik auf Russlands wachsende schädliche Einflüsse im Globalen Süden keine strategischen Antworten gefunden?

Diese und weitere Aspekte sollten systematisch aufgearbeitet werden, um katastrophale Fehler perspektivisch zu vermeiden und damit weiteren Schaden von Deutschland und Europa abzuwenden. Dabei sollte die Enquete-Kommission aktiv von allen relevanten Entscheidungsträger*innen in ihrer Arbeit unterstützt werden und notwendige Dokumente aus den beteiligten Ministerien zur Verfügung gestellt bekommen. Die gewonnenen Erkenntnissen müssen transparent behandelt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Hinweise:

Antragstellende: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Andreas Meinicke, Mattia Nelles

Der Antrag basiert auf einem fast identischen Antrag der SPD Berlin https://parteitag.spd.berlin/app/uploads/pdf/II_2023//Antrag_58II2023_Fuer_eine_-parteiuebergreifende_Auf-2.pdf. Dieser floss in den Leitantrag zur Außenpolitik ein, der auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2023 beschlossen wurde https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/spd-parteitag-russlandpolitik-100.html bzw. https://parteitag.spd.de/fileadmin/parteitag/Dokumente/Antraege/2023_SPD_oBPT_An-tragsbuch.pdf.

Die AG Osteuropa der BAG Frieden und Internationales hat den Antrag der SPD in ihrer letzten Sitzung diskutiert und sich im Konsens für einen vergleichbaren Antrag an die BAG ausgesprochen.

Begründung:

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die deutsche Russlandpolitik nahezu parteiübergreifend und trotz zunehmender Autokratisierung Russlands sowie wiederholter russischer Aggressionen gegenüber seinen Nachbarn in Europa auf einen kooperativen Ansatz, vor allem in der Energie- und Wirtschaftspolitik gesetzt. Dieser Ansatz lässt sich nicht anders als einen gravierenden Realitätsverlust der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnen, wobei er oft zu Lasten unserer mittel- und osteuropäischen Partner ging. Die sechs Prinzipien („Russland zuerst“; „Wandel durch Handel bzw. Annäherung“; „Interdependenz und Verpflechtung als Garantie für Frieden“; „Sicherheit in Europa ist nur mit, nicht gegen Russland möglich“; „Wirtschaft vor Geo- und Sicherheitspolitik“ und „Historische Verantwortung verbietet Russlandkritik“) waren Teile der deutschen außenpolitischen DNA und bis etwa 1990 bzw. in den frühen 2000er Jahren auch durchaus berechtigt und begründbar. Die zunehmenden Autokratisierungstendenzen Russlands unter Wladimir Putin sowie seine brutalen Kriege, darunter der zweite Tschetschenienkrieg und der russisch-georgische Krieg 2008, führten jedoch nicht zu einem Umdenken in der deutschen Russlandpolitik, sondern in die durch die SPD vorangetriebene “Modernisierungspartnerschaft”, basierend auf der falschen Annahme, dass mit Medwedjew ein Reformer an die Macht gekommen sei.

Die verfehlte Russlandpolitik gipfelte im deutsch-russischen Baubeschluss für Nord Stream 2 nach der Annexion der Krim durch Russland mit dem Beginn des Krieges im Donbass im Jahr 2014. Obgleich das Vertrauen in die deutsch-russischen Beziehungen spätestens seit diesem Zeitpunkt massiv erschüttert wurde und Putin Deutschland und die EU als Gegner definierte, hat die damalige Regierung unter Angela Merkel die energiepolitische Abhängigkeit von Russland weiter erhöht. Durch die zurückhaltenden Reaktionen auf ihre Provokation wurde die russische Führung zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Bisher haben zwar zahlreiche Politikerinnen und Politiker öffentlich erklärt, sich in ihren Grundannahmen bzgl. der russischen Ziele getäuscht zu haben und die Politik der vergangenen Jahre als Fehler bezeichnet. Dies ist zu begrüßen, aber nicht ausreichend, da die Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik öffentlich, transparent und systematisch erfolgen sollte. Hierfür wäre der Deutsche Bundestag, begleitet von einer

Enquete-Kommission, der richtige Ort und Rahmen. Dabei geht es nicht um eine Art „Tribunal“ für einzelne Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der letzten Jahrzehnte, sondern um eine umfassende, systematische Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik, um derartige politische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten zukünftig zu vermeiden. Dies kann die Grundlage für eine realistische und zeitgemäße Russlandpolitik sein und gleichzeitig die Basis für das Aufstellen von neuen Leitlinien für den Umgang mit Russland bzw. anderen autoritären Staaten bilden.